



EU-NACHRICHTEN



THEMA DER WOCHE 1-2

UN-Klimakonferenz: Konsequentes Handeln gefordert

KURZ UND KNAPP 3

EU fördert deutsche Klimaprojekte

IM FOKUS 4-5

Krise vervielfacht Beihilfevolumen

PANORAMA 8

Lesetipp – Geert Mak: In Europa

AKTUELL

Gipfelstrategie

Der Europäische Rat in dieser Woche ist der erste Gipfel, der nach den Regeln des neuen Lissabon-Vertrages stattfindet. Leiten wird ihn noch der schwedische Regierungschef Fredrik Reinfeldt, denn die schwedische Ratspräsidentschaft endet erst Ende Dezember. Der neu gewählte Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, wird erst vom kommenden Jahr an den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs vorstehen. Doch eine Änderung gibt es bereits: Der Gipfel wird nur die „Chefs“ zusammenbringen, die Außenminister werden nur noch bei Bedarf hinzugezogen.

Der Gipfel wird sich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigen. Zwar stehen die Zeichen mittlerweile auf Konjunkturerholung, doch die Sanierung der strapazierten Staatshaushalte braucht Zeit. Die Staats- und Regierungschefs werden zudem über die neue EU-Wachstumsstrategie 2020 beraten. Auch die laufende UN-Klimakonferenz wird Gegenstand der Beratungen sein. Die EU hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt und das Tempo vorgegeben. Der Gipfel soll die Strategie für die entscheidende Schlussrunde in Kopenhagen festlegen. (vth)



Abfahrt des Kopenhagen-Expresses: Ein für die Strecke Brüssel-Kopenhagen gecharterter Zug bringt Delegierte zur Klimakonferenz.

Foto: EU-Kommission

UN-Klimakonferenz hat begonnen

Konsequentes Handeln gegen die Klimakatastrophe

Mit eindringlichen Appellen an die Staatengemeinschaft hat am Montag die UN-Klimakonferenz begonnen. Kopenhagen muss zum Erfolg werden, betonte Kommissionspräsident José Manuel Barroso und unterstrich den Anspruch der EU, ihrer Vorreiterrolle auch weiterhin gerecht zu werden.

Noch bis zum 18. Dezember werden in Kopenhagen rund 15.000 Teilnehmer aus 193 Ländern um ein neues Klimaabkommen ringen, das zur massiven Reduktion von Treibhausgasen führt und dadurch den Anstieg der Erderwärmung auf maximal zwei Grad begrenzt. Außerdem soll es den Entwicklungsländern Geld und Technologie für die Anpassung an die Klimaveränderungen und die Umstellung auf erneuerbare Energieformen sichern. „Wir wollen die Kopenhagener Konferenz voranbringen, damit sie zu dem Meilenstein wird, den die Bekämpfung des Klimawandels erfordert“, so der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte kurz vor Beginn der

UN-Klimakonferenz betont: „Wir nähern uns dem Moment der Wahrheit.“ Worte reichten nicht länger aus, so Barroso. „Was wir jetzt brauchen, sind Zusagen von allen Seiten. Ich will, dass Kopenhagen einen einfachen, verständlichen und klaren Text hervorbringt, der für alle Länder politisch verbindlich ist und gleichzeitig unsere gemeinsamen, aber ausdifferenzierten Verantwortlichkeiten widerspiegelt.“ Weiter sagte er: „Wir müssen die Chance nutzen, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, bevor es zu spät ist.“ Die Klimakonferenz bietet die historische Gelegenheit, den Fahrplan für eine weltweite kohlenstoffarme Gesellschaft festzulegen. Damit könne eine Welle von Innovationen ausgelöst werden,

lesen Sie weiter auf Seite 2

KONVENT DER BÜRGERMEISTER

Europas Kommunen haben zu Beginn der Klimakonferenz ein Zeichen der Verantwortung gesetzt: Rostock ist die 1000. Unterzeichnerstadt der EU-Initiative „Konvent der Bürgermeister“. Die Ostseestadt hat sich damit uneingeschränkt verpflichtet, das EU-Ziel zu übertreffen, welches eine Senkung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent vorsieht. Die Zahl der Teilnehmerkommunen hat sich seit der offiziellen Zeremonie zur Unterzeichnung des Konvents im Februar 2009 fast verdreifacht. „Ich freue mich darüber, dass sich Rostock heute als 1000. Unterzeichnerstadt des Konvents zu nachhaltiger Energie auf lokaler Ebene verpflichtet hat. Die Zahl der teilnehmenden Kommunen zeigt, wie sehr sie davon überzeugt sind, dass der Klimawandel auf lokaler Ebene auf kohärente Weise bekämpft werden kann“, erklärte der EU-Kommissar für Energie Andris Piebalgs.

→ www.eumayors.eu

die den Volkswirtschaften durch neue, nachhaltige Wachstumssektoren und „grüne“ Arbeitsplätze frische Impulse gibt.

Umweltkommissar Stavros Dimas verwies darauf, dass „einige wichtige Partner, die USA und China eingeschlossen, konkrete Emissionsziele beziehungsweise Aktionspläne vorgelegt haben.“ Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und Südafrika haben zwar weit reichende eigene Reduktionsziele im Vergleich zu ihrer Wirtschaftsentwicklung angekündigt. Sie fordern allerdings einen größeren Beitrag der westlichen Industrieländer. So sollten die Industriestaaten an die obere Grenze der vom Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change) vorgegebenen Bandbreite gehen und ihre Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken. Außerdem müsse ein wirkungsvolles Abkommen umfassende finanzielle und technische Hilfen enthalten, hieß es am Montag beispielsweise aus Südafrika.

Ringens um Finanzen

Die Europäische Union hat mit ihrer einseitigen Verpflichtung, die Emissionen bis 2020 um 20

Prozent zu senken, und mit den Vorschlägen für die Finanzierung des Klimaschutzes in Entwicklungsländern das Tempo vorgegeben. Die EU ist sogar bereit, das Emissionsminderungsziel auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn weitere Regierungen in den Industrie- und Entwicklungsländern ihren fairen Anteil an den globalen Bemühungen übernehmen. Die Konferenzpräsidentin und designierte erste EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard warnte davor, eine historische Möglichkeit zu verpassen: „Nie hat die Wissenschaft klarer gesprochen, nie waren die Lösungen zahlreicher, nie

der politische Wille stärker.“ Eine derartige Gelegenheit werde vielleicht nie wieder kommen: „Lasst es uns anpacken!“ Beim Ringen um die Finanzierung erwartet Konferenzpräsidentin Hedegaard den härtesten Kampf. Hilfsorganisationen fordern, dass für die Klimaprogramme zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt wird und nicht Mittel aus der Armutsbekämpfung abgezweigt werden dürfen.

Derweil warnen Experten immer lauter, dass der Klimawandel schneller kommt als erwartet. Wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung zu stoppen, könnte das die Erde ernsthaft in Gefahr bringen. Nach Aussagen von Wissenschaftlern ist die Erde bereits um 0,8 Grad Celsius wärmer geworden. Die Gefahrenschwelle liegt bei einem Anstieg um zwei Grad. Daher sind weltweite Anstrengungen nötig, um unterhalb dieser Grenze zu bleiben. Die Emissionen dürfen global spätestens 2020 nicht weiter ansteigen und müssen dann bis 2050 auf höchstens die Hälfte des Standes von 1990 gesenkt werden. (ur)

→ http://ec.europa.eu/climateaction/eu_action/index_de.htm#global



Die dänische Umweltministerin Connie Hedegaard, designierte EU-Kommissarin für den Klimaschutz, ist Gastgeberin der UN-Klimakonferenz.

Foto: EU-Kommission

EU fördert deutsche Energieprojekte mit 380 Millionen Euro

Die EU-Kommission hat mehr als 1,5 Milliarden Euro für 15 Projekte zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) und Offshore-Windenergie-Anlagen bereitgestellt. Deutsche Projekte erhalten insgesamt rund 380 Millionen Euro Förderung. Davon bekommt das CCS-Demonstrationskraftwerk in Jämschalde 180 Millionen und vier Offshore-Windenergieanlagen zusammen rund 200 Millionen Euro. Europaweit fördert die EU-Kommission insgesamt sechs CCS-Projekte mit einer Milliarde Euro und neun Offshore-Windenergie-Projekte mit 565 Millionen Euro.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/542>

Neue Rechte für Bahnkunden

Bahnkunden haben seit dem 3. Dezember EU-weit neue Rechte. Die neue Fahrgastrechte-Verordnung regelt erstmals Rechtsansprüche auf Entschädigung bei Verspätungen. Dabei sind 25 bis 50 Prozent des Fahrpreises zu erstatten. Ebenfalls geregelt wird das Recht auf Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung des Gepäcks (bis 1.285 Euro je Gepäckstück). In Deutschland gelten die neuen EU-Fahrgastrechte bereits seit 29. Juli 2009. Jedes Jahr nutzen EU-weit annähernd acht Milliarden Reisende die Bahn.

→ http://ec.europa.eu/transport/passengers/rail/rail_en.htm

Jeder zweite surft täglich

Fast die Hälfte aller Personen zwischen 16 und 74 nutzt das Internet täglich. Unter den Jüngeren (16 bis 24 Jahre) sind es sogar drei Viertel. Das geht aus einem Bericht von Eurostat über die Internetnutzung im ersten Quartal 2009 hervor. Danach verfügten 65 Prozent der Haushalte in der EU über einen Internetzugang, gegenüber 60 Prozent im ersten Quartal 2008. 56 Prozent hatten einen Breitbandanschluss. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind beträchtlich: Während in den Niederlanden (90 Prozent) oder Deutschland (79 Prozent) der Internetzugang nahezu flächendeckend verbreitet ist, hat in Griechenland oder Rumänien nur jeder dritte Haushalt einen Zugang.

→ <http://ec.europa.eu/eurostat>

Asylrecht in den EU-Staaten

Im Jahre 2008 erkannten die EU-Mitgliedstaaten 76.300 Asylbewerber als schutzberechtigt an. Die größte Gruppe von Personen, denen der Schutzstatus zuerkannt wurde, waren Staatsangehörige des Iraks (16.600 Personen), gefolgt von Somalia (9.500), Russland (7.400), Afghanistan (5.000) und Eritrea (4.600). Das geht aus einem Bericht von Eurostat anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10.12. hervor. Insgesamt wurden 281.100 Entscheidungen über Asylanträge gefällt.

→ <http://ec.europa.eu/eurostat>

MELDUNG DER WOCHE + + + + +

Diskriminierung im Alltag weit verbreitet

Was Minderheiten an Herabsetzungen und Beleidigungen in der Schule, bei der Arbeitssuche, beim Arzt oder beim Einkaufen erleben, ist „schockierend“. Zu diesem Schluss kam die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) nach der Auswertung einer repräsentativen Erhebung unter 23.000 Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen. Einer von vier Befragten wurde in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Opfer einer Straftat. Elf Prozent der Befragten aus Nordafrika hatten Diskriminierungen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in einem Geschäft oder schon beim Versuch, ein Geschäft zu betreten, erlebt. 17 Prozent der Roma gaben an, durch Personal im

Gesundheitswesen diskriminiert worden zu sein. Minderheiten in Europa erfahren

Ungleichbehandlung besonders häufig am Arbeitsplatz, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Das ist deswegen alarmierend, weil geeignete Bildungsangebote und bezahlte Beschäftigung der Schlüssel zu Integration und sozialer Eingliederung sind. Die Studie zeigt auch, dass eine überwältigende Mehrheit der Befragten Angriffe, Bedrohungen und schwere Belästigungen nicht gemeldet haben. Der FRA zufolge sind dafür mangelnde Kenntnisse und wenig Vertrauen in die Erfolgsaussichten verantwortlich.

→ http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/index_en.htm





EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erläutert den „State Aid Scoreboard“.

EU-Kommission hat bei Staatshilfen rasch reagiert

Krise vervielfacht Beihilfevolumen

Die Rettung der Banken hat viel Geld gekostet. Von diesen Sonderkosten abgesehen, sind die von den einzelnen Mitgliedstaaten aufgebrachtten Beihilfezahlungen stabil und besser ausgerichtet als früher.

Von 66,5 auf 279,6 Milliarden Euro, das sind 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU-27, sind die Beihilfezahlungen aller EU-Mitglieder von 2007 auf 2008 angestiegen. Dies geht aus dem in dieser Woche veröffentlichten Beihilfeanzeiger der Kommission hervor. Im Kampf gegen die Finanzkrise wurden 13 Mit-

gliedstaaten aktiv: Großbritannien stellte mit 68,75 Milliarden Euro die meisten Beihilfen für die Rettung seiner Banken zur Verfügung, gefolgt von Deutschland mit gut 50 Milliarden.

Ohne diese Nothilfe für das Finanzsystem wäre das Beihilfevolumen 2008 mit 67,4 Milliarden Euro (das sind weniger als ein Pro-

zent des Bruttoinlandsprodukts) stabil geblieben. In der gesamten EU sank der Anteil der Beihilfen am BIP vor der Wirtschaftskrise von etwa zwei Prozent in den 1980er Jahren auf unter ein Prozent in den 1990ern und noch einmal auf ein halbes Prozent in den Jahren 2003 bis 2007.

BEIHILFEANZEIGER

Der EU-Beihilfeanzeiger (State Aid Scoreboard) erscheint seit 2001. Das EU-Wettbewerbsrecht legt fest, dass jede Beihilfe und jede Beihilferegulierung bei der Kommission anzumelden und von ihr zu genehmigen ist. Der Begriff der Beihilfe umfasst alle unmittelbar oder mittelbar aus staatlichen Mitteln gewährten Vergünstigungen (zum Beispiel Zuschüsse, Befreiung von Abgaben, Subventionen). Nach EU-Recht sind Beihilfen mit dem Binnenmarkt unvereinbar, wenn sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen oder zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Bei Beihilfen geringen Umfangs (De-minimis-Beihilfen) wird dies häufig nicht der Fall sein. Die Feststellung, ob eine staatliche Beihilfe mit den Regeln des Gemeinsames Marktes vereinbar ist, obliegt der EU-Kommission. Die Kommission prüft bestehende oder neu eingeführte Beihilfen in den einzelnen Mitgliedstaaten fortwährend auf ihre Rechtmäßigkeit und vertragsgemäße Anwendung.

Die Rolle der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat auf die Finanzkrise schnell reagiert und Orientierungshilfen gegeben, wie staatliche Beihilfen für Finanzinstitute zu gestalten sind. Durch rasche Genehmigungen der Beihilfen im Finanzsektor konnten die Regierungen auf 3,36 Billionen Euro zur Bankenrettung zurückgreifen. Tatsächlich genutzt haben sie davon nur 958 Milliarden Euro. Weil es überwiegend um Garantien ging, wurden davon wiederum nur 212,2 Milliarden Euro als staatliche Beihilfen genutzt.



Foto: pixelio, EU-Kommission

Unterdessen hat die EU-Kommission unmissverständlich deutlich gemacht, dass Beihilfen, die mit zusätzlichen Bedingungen, etwa was den Investitionsstandort oder die geografische Verteilung von Umstrukturierungen betrifft, nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind. Das war der Fall, als Frankreich seine Beihilfepläne zugunsten des Automobilsektors bekannt gab. Diese Linie verfolgt die Kommission auch in allen anderen Beihilfefällen, etwa bei den Plänen Deutschlands zur Rettung von Opel.

Disziplin gewahrt

Die Mitgliedstaaten haben auch in der Krise „eine beeindruckende Beihilfedisziplin gewahrt“, hob EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hervor. Sie bemühten sich, „Beihilfen verstärkt auf horizontale Ziele von gemeinsamem Interesse wie der Forschung auszurichten.“ Rund 88 Prozent

der Mittel für den Industrie- und den Dienstleistungssektor kamen sogenannten „horizontalen Zielen von gemeinsamem Interesse“ zugute, d.h. sie dienen der wirtschaftlichen Entwicklung ganz Europas.

Mit dem „Aktionsplan Staatliche Beihilfen 2005-2008“ hatte die Kommission das Beihilfewesen reformiert. Die Beihilfen sollten so eingesetzt werden, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft stärken und die Entstehung dauerhafter Arbeitsplätze fördern. Heute fließt mehr Geld in Forschung, Entwicklung und Innovation sowie in die Regionalförderung als in die Rettung oder Umstrukturierung einzelner Unternehmen.

Rückzahlungen fließen

Dabei haben die Mitgliedstaaten viel Flexibilität und Gestaltungsfreiheit behalten. Nur bei fünf Prozent der Beihilfen war 2008

eine Einzelfallprüfung durch die Kommission erforderlich. 19 Prozent flossen im Rahmen von Gruppenfreistellungen. Für den großen Rest werden überhaupt nur die allgemeinen Beihilferegeln geprüft. Sind Förderregelungen oder -programme genehmigt, müssen die Regierungen nicht mehr im Einzelfall bei der Wettbewerbskommissarin nachfragen.

Erfreulich haben sich auch die Rückzahlungen entwickelt. Sie werden fällig, wenn Beihilfen zu Unrecht flossen. Früher war das ein großes Problem: Noch 2004 lag die Rückzahlungsquote bei nur 25 Prozent. Ende Juni 2009 waren 91 Prozent zurücküberwiesen – immerhin 9,4 Milliarden Euro. (mb)

➔ http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/studies_reports/studies_reports.html

BOLOGNA-PROZESS

STIFTERVERBAND VERÖFFENTLICHT LÄNDERCHECK

Die Umstellung auf die Studienabschlüsse Bachelor oder Master (BA/MA) verläuft in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Nach einer aktuellen Analyse des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft sind Berlin, Brandenburg und Bremen beim Bologna-Prozess die Vorreiter. Die Hochschulen in diesen Bundesländern haben die beste Quote bei der Umstellung der Studiengänge. Ziel des Bologna-Prozesses ist es, ein gestuftes Studiensystem aus Bachelor und Master mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen einzuführen und die Mobilität im Hochschulbereich zu stärken. Zum Wintersemester 2008/2009 waren 75 Prozent aller Studiengänge (9.200 von insgesamt 12.300 Studiengängen) an deutschen Hochschulen auf BA/MA umgestellt. Der Anteil von Studierenden in BA/MA-Studiengängen lag gemessen an der Gesamtstudierendenzahl im Wintersemester 2007/2008 bei mehr als 30 Prozent. Unter den Studienanfängern immatrikulierten sich knapp zwei Drittel in einem umgestellten Studiengang.

→ www.laendercheck-wissenschaft.de/index.html

SPOTLIGHT EUROPE-SONDERAUSGABE

EUROPAS NEUE MACHTBALANCE



Der Vertrag von Lissabon ist in Kraft. Mit neuen Ämtern an der Spitze ist die Macht in der Europäischen Union anders verteilt als zuvor. Wie viel Gewicht bringen die wichtigsten Brüsseler Politiker in die Waagschale? Die Grafik „Europas neue Machtbalance“ zeigt mit einem Augen-

zwickern, welche Chancen und welches Konfliktpotential im Vertrag von Lissabon angelegt sind.

→ www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-9AD7FCD3-902866E9/bst/xcms_bst_dms_30315_30316_2.pdf

STUDIENPLÄTZE UND STIPENDIEN

MASTER IN EUROPEAN STUDIES AM COLLEGE OF EUROPE

Für das akademische Jahr 2010/2011 werden vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland wieder Studienplätze und Stipendien vergeben. Etwa 40 deutsche Hochschulabsolventen können so ein zehnmontatiges Aufbaustudium am College of Europe in Brügge oder in Warschau-Natolin absolvieren. Bewerbungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Universitätsstudium oder ein gleichwertiger Studienabschluss (zum Beispiel Master, 1. Juristisches Staatsexamen, Diplom oder Magister), insbesondere in den Fächern Recht, Wirtschaftswissenschaften oder Politikwissenschaften. Bewerbungsschluss ist der 15. Januar 2010.

→ <http://europaeische-bewegung.de/index.php?id=80>

ONLINE-ABSTIMMUNG

NEUES GÜTESIEGEL FÜR BIOLOGISCHE LEBENSMITTEL



Die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hatte Design- und Kunststudenten der 27

Mitgliedstaaten zur Teilnahme am EU-weiten Wettbewerb zur Gestaltung des Logos eines neuen EU-Gütesiegels für biologische Lebensmittel aufgerufen. Aus über 3.400 Einsendungen hat die Jury nun drei Finalisten ausgewählt. Jetzt können alle Interessierten bis zum 31. Januar 2010 auf der Webseite des Wettbewerbs darüber abstimmen, welches Logo



ab Juli 2010 als offizielles Gütesiegel für biologische Er-

zeugnisse in der EU eingeführt werden soll.

→ http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_en.htm

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

10.-11.12.2009

EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** in **Bonn**.

TERMINVORSCHAU BIS 21.12.2009

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
14.12.2009 19.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ 20 Jahre 1989: Abgehakt? “ Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 10117 Berlin	www.boell.de
15.12.2009 9.00-16.30 Uhr	Konferenz „ Geisteswissenschaften in Europa “ Veranstalter: HERA (Humanities in the European Research Area)	Große Orangerie Schloss Charlottenburg 14059 Berlin	www.heranet.info
15.12.2009 17.00 Uhr	Informationsveranstaltung „ Fördermittel im IT-Bereich – Was bietet die EU? “ Veranstalter: Europa Direkt Koblenz	Technologiezentrum Koblenz Universitätsstraße 3 56070 Koblenz	www.europa.koblenz.de
15.12.2009 19.00 Uhr	Impulsreferat „ Hessen und Europa “ von Aloys Lenz (MdL) Veranstalter: EUD KV Hanau e.V.	Bürgerhaus „Alte Schule“ Haggasse 63457 Hanau	www.eu-hanau.de
15.12.2009 19.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Was passiert im Osten? Was wissen wir im Westen? “ Veranstalter: u.a. ZEIT-Stiftung	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg Berliner Tor 5 20099 Hamburg	www.anstageslicht.de
16.12.2009 12.30 Uhr	Konferenz „ Cluster-Workshop Photonik “ Veranstalter: Steinbeis-Europa-Zentrum	Haus der Wirtschaft Willi-Bleicher-Straße 19 70174 Stuttgart	www.steinbeis-europa.de
16.12.2009 18.00 Uhr	Diskussionsabend mit I.E. Ruth Jacoby, Botschafterin des Königreiches Schweden Veranstalter: Europa-Union Berlin e.V.	Botschaft des Königreiches Schweden Rauchstraße 1 10787 Berlin	www.europa-union-berlin.de
16.12.2009 20.00 Uhr	Lesung „ Erfahren, woher wir kommen. Grundschriften der europäischen Kultur “ Veranstalter: Bucerius Kunst Forum	Bucerius Kunst Forum Rathausmarkt 2 20095 Hamburg	www.buceriuskunstforum.de
17.12.2009 18.30 Uhr	Vortrag „ Europa und die Regionen “ Veranstalter: Europabüro der Pädagogischen Hochschule Freiburg	Pädagogische Hochschule Kunzenweg 21 79117 Freiburg	www.ph-freiburg.de
17.12.2009 19.00 Uhr	Doppelgedächtnis „ Debatten für Europa “ mit Mart Laar, ehemaliger Premier von Estland und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Veranstalter: Gesellschaft zur Förderung der Kultur im erweiterten Europa	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter anmeldung@kultur-in-europa.de
18.12.2009 16.00 Uhr	Euro lounge „ Festtagstraditionen in Europa “ Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.europa.bremen.de
21.12.2009 18.00 Uhr	Europa-Gespräche 2009 „ Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise “ Veranstalter: Universität Hildesheim, Institut für Geschichte	Volksbank Hildesheim Kennedydamm 10 31134 Hildesheim	www.uni-hildesheim.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conrad • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR
Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • info@thomas-prr.de • www.thomas-prr.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2009

Lesetipp

Ein Jahrhundert - ein Kontinent

Das 21. Jahrhundert hat sein erstes Jahrzehnt beinahe hinter sich. Was kann das neue noch vom vergangenen 20. Jahrhundert lernen? Vorbild kann es jedenfalls nicht sein, forderte es doch so viele Tote durch Kriege und Revolutionen wie kein anderes zuvor.

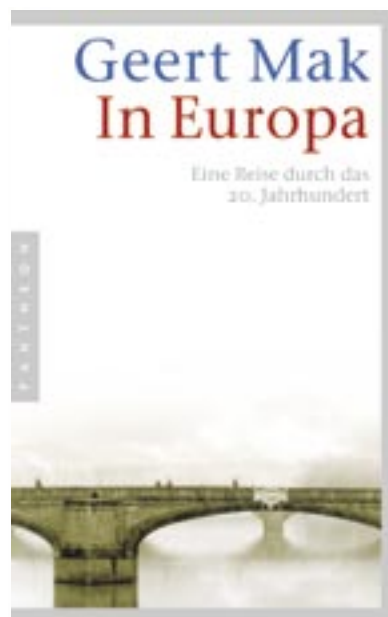
Eine tägliche Kolumne schreiben, für unten rechts auf der Titelseite – das war der Ausgangspunkt für den Niederländer Geert Mak, als er vor zehn Jahren für das „NRC/Handelsblad“ kreuz und quer durch Europa reiste. Ein ganzes Jahr war er unterwegs. Daraus wurde ein Zustandsbericht über den geplagten Kontinent Europa am Ende des zweiten Jahrtausends. Mak traf auf Menschen, die ihr Dorf nie verlassen haben, ebenso wie auf berühmte

Schriftsteller und Politiker. Und er lässt sie erzählen. Immer hat er gründlich recherchiert über die lange zurückliegenden Jahre, über die er schreibt.

Sein Buch ist ein Reisebuch und zugleich ein Geschichtsbuch über das 20. Jahrhundert. Tatsächlich geht es fast immer um die beiden Weltkriege, die den Kontinent so entscheidend geprägt haben. Seine selbst erlebten oder historischen

Reiseberichte sind detailgenau und spannend erzählt. Immer wieder ist er in den großen Städten, in denen wichtige Entscheidungen getroffen wurden: Berlin, Paris, London – und dann auch an den Schreckensorten des Jahrhunderts: Verdun, Auschwitz, Kefalonia (Griechenland), Tschernobyl oder Srebrenica (Bosnien).

Manche Orte stehen kurz im Fokus der Aufmerksamkeit und verschwinden dann wieder in der Versenkung. Andere tauchen immer wieder ins Rampenlicht, weil sich hier die Schicksalsfäden der europäischen Geschichte kreuzen. Und manchmal – auch das zeigt Geert Mak – kon-



zentriert sich Geschichte an besonderen Orten. So etwa gegen Ende des Ersten Weltkriegs in Zürich, als im Cabaret „Voltaire“ die Dada-Bewegung entstand, und wenige Meter weiter Wladimir Iljitsch Lenin sich auf die russische Revolution vorbereitete. Die Schilderung, wie er von der deutschen Heeresleitung in einem plombierten Zug nach Sankt Petersburg eingeschleust wird, zählt zu den schönsten des Buches. (hb)

Geert Mak
In Europa
Eine Reise durch das 20. Jahrhundert
 Pantheon 2004. 944 Seiten.
 16,95 Euro



Foto: Hans Glave